

Sozialstaatskonzept: Die SPD verabschiedet sich von der Agenda 2010

1. Kompetenzen

Die Schülerinnen und Schüler sollen ...

1. sich die aktuellen sozialpolitischen Pläne der SPD erschließen.
2. die hiermit verfolgten Zielsetzungen herausarbeiten.
3. die diesbezüglich entbrannte politische Kontroverse analysieren.

2. Aufgaben

1. *Fassen Sie die Eckpunkte des aktuell vom SPD-Vorstand beschlossenen Sozialstaatskonzepts zusammen.*
2. *Überprüfen Sie, in welchem Umfang und in welcher Form dieses vom derzeit gültigen Sozialstaatskonstrukt in Deutschland abweicht.*
3. *Erläutern Sie die hiermit verfolgten sozialpolitischen Zielsetzungen.*
4. *Diskutieren Sie, inwieweit auch parteipolitische Nutzenkalkulationen eine Rolle spielen könnten. Begründen Sie Ihre Einschätzungen.*
5. *Analysieren Sie die bezüglich der SPD-Pläne entbrannte politische Kontroverse. Benennen Sie Befürworter und Gegner und stellen Sie deren zentrale Argumente einander gegenüber.*
6. *Nehmen Sie aus der Perspektive Ihrer Generation Stellung innerhalb der Diskussion.*

Sozialstaatskonzept: Die SPD verabschiedet sich von der Agenda 2010

[...] Mit ihrem Sozialstaatskonzept, das [die SPD-Parteivorsitzende] Nahles in der vergangenen Woche präsentierte und das der Parteivorstand am Sonntag auf einer Klausurtagung in Berlin einstimmig beschloss, will die SPD endlich aus dem Umfragetief herauskommen und ihr linkes Profil schärfen. Erste Zahlen machten Hoffnung: In der wöchentlichen Emnid-Umfrage für die „Bild am Sonntag“ legte die SPD um einen Punkt zu - auch wenn sie mit 17 Prozent noch immer weit hinter der Union mit 30 Prozent liegt. Doch der gewünschte Abschied von der „Agenda 2010“-Reform von Gerhard Schröder ist alles andere als einfach.

Als „Kulturwandel“ will die SPD unter anderem die Bezugsdauer des Arbeitslosengelds wieder erhöhen, das sich am vorherigen Verdienst orientiert - gestaffelt nach Beitragsjahren. Hartz-IV-Empfänger sollen zwei Jahre lang von der Anrechnung ihres Vermögens und der Überprüfung ihrer Wohnverhältnisse verschont bleiben. Die SPD will aber auch ein Recht auf Weiterbildung oder Arbeit im Homeoffice durchsetzen. Der Mindestlohn soll auf zwölf Euro erhöht werden. Das einzelne Beantragen und Leistungsverrechnen etwa bei Kindergeld, Kinderfreibeträgen und Hartz-IV-Zahlungen wollen die Sozialdemokraten beenden und eine unbürokratischere Kindergrundsicherung aus einer Hand schaffen. Zugleich legte Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) seine Pläne für eine Grundrente vor. „Das ist wirklich ein neuer Anfang“, sagte Nahles am Sonntag. Der Staat solle als Partner, nicht als Kontrolleur wahrgenommen werden. Zugleich räumte Nahles ein, dass das Paket zunächst in der Koalition mit der Union nicht umzusetzen sei: „Das ist erst mal eine Positionierung der SPD.“ Generalsekretär Lars Klingbeil betonte, gesellschaftlicher Zusammenhalt sei machbar. „Davon lassen wir uns nicht abbringen“, bekräftigte Klingbeil - wohl auch mit Blick auf die zahlreichen Kritiker.

So stößt das Paket mit dem Titel „Ein neuer Sozialstaat für eine neue Zeit“ vor allem beim Koalitionspartner Union auf Widerspruch. „Statt stolz auf die Erfolge der Arbeitsmarktreformen zu sein, stellen die Sozialdemokraten jeden Tag neue Sozialleistungen ins Schaufenster - ohne Preisschild und ohne zu sagen, wer es bezahlen soll“, sagte CSU-Arbeitsmarktexperte Stephan Stracke dem Handelsblatt. Wer nun wieder länger Arbeitslosengeld zahlen und die Härten von Hartz IV abmildern wolle, stelle Arbeitslose „aufs arbeitsmarktpolitische Abstellgleis“, kritisierte Stracke. So verweist etwa das arbeitgebernahe Institut der deutschen Wirtschaft (IW) auf Studien, denen zufolge Arbeitslosigkeit sich umso mehr verfestigt, je länger Arbeitslosengeld gezahlt wird.

„Die SPD plant die Beerdigung der Sozialen Marktwirtschaft“, sagte der CDU-Vizevorsitzende Volker Bouffier den Zeitungen der Funke-Mediengruppe. „Mit ihrem Wunsch, wieder Wähler zu gewinnen, hat sie sich für einen strammen Linkskurs entschieden.“ Die SPD könne nicht Verantwortung in der Bundesregierung übernehmen und zugleich täglich Vorschläge machen, die in dieser Koalition nicht zu machen seien. „So entzaubert sich die SPD vollends“, meint Bouffier.

45 Was die SPD-Vorschläge kosten würden, ist bislang unklar. Die Bundesagentur für Arbeit
(BA) hat eine fiktive Berechnung für über 58-Jährige angestellt. Diese können heute bis
zu 24 Monate lang Arbeitslosengeld beziehen. Nach dem SPD-Konzept soll die
Bezugsdauer für Arbeitslose mit mindestens 30 Beitragsjahren aber um neun auf 33
Monate verlängert werden. Dies würde laut BA bei 10 000 Personen 150 Millionen Euro
kosten. Nicht klar beziffert sind bislang auch die Kosten der von Heil geplanten
50 „Respektrente“, mit der der Staat die Alterseinkommen von Geringverdienern aufstocken
will. Die SPD geht von jährlich vier bis 6,5 Milliarden Euro aus, wenn auf eine
Bedürftigkeitsprüfung verzichtet wird.

55 Auch hierzu musste die SPD heftige Kritik einstecken. Bundeswirtschaftsminister Peter
Altmaier (CDU) forderte die Sozialdemokraten auf, sich an den Koalitionsvertrag zu
halten, der eine Prüfung der Bedürftigkeit vorsieht. „Für jemanden mit viel Geld stellt sich
die Lage anders dar als für eine Witwe mit einem kleinen Häuschen, das sie den Kindern
vererbt. Deshalb ist die Bedürftigkeitsprüfung bei der Grundrente elementar“, sagte
Altmaier der Funke-Mediengruppe. CSU-Chef Markus Söder betonte: „Wir verhandeln
60 keinen neuen Koalitionsvertrag. Natürlich reden wir miteinander, aber es darf keinen
ideologischen Linksruck der Regierung geben.“ Die SPD-Pläne für eine Grundrente
bezeichnete Söder zudem in der „Bild am Sonntag“ als „nicht finanzierbar“. FDP-Chef
Christian Lindner sagte dem Handelsblatt: „Die Vorschläge von Nahles und Heil sind
unfair, weil sie ignorieren, ob Menschen gearbeitet und selbst vorgesorgt haben oder
65 nicht.“ Und es würde so auch Geld der Steuerzahler an Menschen verteilt werden, die
gerade gar nicht bedürftig seien - zum Beispiel die Ehefrau eines gut versorgten
Pensionärs. Arbeitgeberpräsident Ingo Kramer warnte: „Das SPD-Konzept ist in weiten
Teilen ein Dokument neuer Verbote, Einschränkungen und Regulierungen für die
Unternehmen.“ Die SPD plane ein Recht auf Arbeit. An dieser Planwirtschaft sei aber
70 bereits die DDR zugrunde gegangen.

Immerhin bekommt Nahles Rückendeckung von Vizekanzler Olaf Scholz - was in diesen
Tagen, da Ex-Kanzler Schröder und Ex-Parteichef Gabriel querschießen, in der SPD auch
keine Selbstverständlichkeit ist. Scholz unterstützt das Konzept als „Modernisierung des
75 Sozialstaats“. Die Sozialverbände lobten das Reformpaket ebenfalls. „Insbesondere die
Vorschläge, die auf eine Korrektur der bisherigen Hartz-IV-Fehler abzielen, sind sehr
positiv“, urteilte der Präsident des Sozialverbands Deutschland (SoVD), Adolf Bauer,
meldete aber Zweifel an der Umsetzbarkeit in einer schwarz-roten Koalition an.

Quelle: fsp/hea/jhi, Handelsblatt, Nr. 029, 11.02.2019, 7